

Solidarpakt

Gefährliches Spiel für die Gewerkschaften

Vorerst sind die Solidarpaktgespräche zwischen Senat und Gewerkschaften gescheitert. Doch nicht nur der Senat kommt ohne gütliche Einigung in Schwierigkeiten, auch für die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften steht mehr auf dem Spiel als die meisten wahrhaben wollen, denn ohne Solidarpakt droht Schlimmeres.

Für den Senat ist die Lage ebenso klar wie aussichtslos. Schon bei den Koalitionsverhandlungen zwischen SPD, Grünen und FDP war vereinbart worden, die Personalausgaben um 500 Millionen Euro zusammenzustreichen, allerdings ohne den jetzt den Gewerkschaften angebotenen Ausgleich. Es war hauptsächlich die PDS, die nach Jahren kopfloser Entlassungswellen durch die große Koalition, auf einen Solidarpakt drängte und ein Paket schnüren half, das die Gewerkschaften der Privatwirtschaft noch nie abtrotzen konnten, geschweige denn angeboten bekamen. Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich ist schon seit Jahren nicht mehr durchsetzbar, Beschäftigungsgarantien auch nicht und Neueinstellungen sind, wie das Beispiel VW zeigt, nur zu haben, wenn die Beschäftigten nicht nach dem geltenden Tarif bezahlt werden.

Dass dieses Angebot die Gewerkschaften kalt lässt, obwohl es nicht von einem gewinnträchtigen Unternehmen, sondern von einer in der Pleite stehenden Stadt kommt, ist zwar nicht verständlich aber erklärbar. Trotz zunehmender Finanznöte einiger Kommunen, gibt es im Bundesangestelltentarif (BAT) weder Härtefallregelungen noch Öffnungsklauseln. Fast alle anderen Flächentarife haben seit Jahren solche Regelungen und die Gewerkschaften sind, wie das Beispiel Holzmann gezeigt hat, im Falle von Zahlungsunfähigkeit zu sehr weitgehenden Zugeständnissen bereit. Würde ver.di nun, mitten in der jetzt beginnenden Tarifrunde, den Berliner Forderungen nachkommen, müsste sie mit einem Dominoeffekt rechnen.

Auf der anderen Seite muss ver.di allerdings um die Glaubwürdigkeit in der eignen Organisation fürchten. So werden demnächst ver.di-Betriebsräte aus den großen Zeitungsverlagen den Unternehmern Lösungen zur Beschäftigungssicherung vorschlagen, die deutlich unter dem Berliner Angebot liegen. Und sie werden sich glücklich schätzen, wenn sie ihre Forderungen durchsetzen können. Ganz zu schweigen davon, dass zum Beispiel bei einem Rostocker Verlag die Beschäftigungssicherung daran geknüpft wurde, dass in der 35-Stunden-Woche nur 30 Stunden bezahlt werden. Die Liste dieser schlechten Kompromisse wird seit einem Jahrzehnt immer länger.

Von einem Solidarpakt kann bei den meisten Beschäftigungssicherungsabkommen keine Rede sein, eher, wie es ein führender Gewerkschafter einmal ausdrückte, von Unzucht mit Abhängigen. Der Berliner Pakt verdient dagegen wirklich seinen Namen, weil Solidarität mit den 7.000 neu einzustellenden ArbeitnehmerInnen und natürlich mit all denen geübt wird, die auf die Leistungen des öffentlichen Dienstes angewiesen sind.

Das hat der Berliner Senat angeboten:

1. Stufenweise Reduzierung der Arbeitszeit auf 37 Stunden bei vollem Lohnausgleich
2. Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen
3. Übernahmegarantien, insbesondere für Beamtenanwärter
4. Bis zum Ende der Wahlperiode 7.000 Neueinstellungen

Und das verlangt der Senat von den Beschäftigten:

1. Befristeter Verzicht auf Lohnerhöhungen
2. Sozial gestaffelter Verzicht auf 13. Monatsgehalt und Urlaubsgeld

Nun könnte man meinen, die schlechten Beispiele in der Privatwirtschaft müssten nicht ausgerechnet auch noch von den öffentlichen Arbeitgebern übernommen werden. Öffnungsklauseln verringern natürlich die Bindungswirkung des Flächentarifvertrages. Aber

unabhängig davon, dass in der Privatwirtschaft mit den Öffnungsklauseln nicht nur Arbeitsplätze, sondern gleichzeitig auch Unternehmerprofite gesichert werden, würde der Berliner Solidarpakt etwas erreichen, wofür selbst in der PDS immer wieder neu gekämpft werden muss, nämlich für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich. Einen günstigeren Einstieg für die Etablierung einer Öffnungsklausel im BAT kann sich ver.di gar nicht wünschen. Und eines ist sicher, die Öffnungsklausel wird es irgendwann einmal geben, dann aber zu wesentlich ungünstigeren Bedingungen. Insofern ist die Verweigerung der Gewerkschaften nicht nur unverständlich, sie ist auch gefährlich, weil eine Chance verpasst wird. Alles, was jetzt angedroht wird, etwa Kündigung der Mitgliedschaft im kommunalen Arbeitgeberverband oder Einstellungsstopp und betriebsbedingte Entlassungen, wird selbst für ver.di eine problematische Situation schaffen. Die Gewerkschaft wird einen Haustarifvertrag verhandeln müssen, ohne wirklich kampffähig zu sein.

Das Problem ist nämlich, dass von den betriebsbedingten Kündigungen hauptsächlich die weniger gesicherten Beschäftigten im Ostteil Berlins betroffen sein werden. Deshalb drängen sie auch auf den Abschluss eines Solidarpakts, während sich Zehntausende im Westteil mit oder ohne Solidarpakt beruhigt auf ihren erworbenen Rechten ausruhen können. Auch nicht besonders solidarisch, aber vielleicht passt das sogar ins Kalkül. Will man vielleicht die PDS in eine Falle laufen lassen, zerrieben zwischen den Interessen von Ost- und Westbeschäftigten?

Harald Werner